

GESELLSCHAFT

Neue Unsicherheit um Euroeinführung

In den vorangegangenen Monaten gaben sich Fachleute der Illusion hin, das Hauptrisiko für die Übernahme des Euro ab Januar 2009 sei vor allem das Inflationskriterium. Die Angaben über Inflation, die Anfang September veröffentlicht wurden, wirkten beruhigend: Da die Inflationsrate im August wesentlich sank (die sog. harmonisierte Inflationsrate erreichte nur 1,2%), ging zum ersten Mal auch die Rate der 12-monatigen Inflation (2,4%) unter die für die Euroeinführung erforderliche Grenze zurück.

Es waren andere Angaben, die einen Schock bewirkten. Die verfügbaren Zahlen der Defizite öffentlicher Finanzen gewährten eine gute Chance, die Konvergenzkriterien (unter 3% des BIP) zu erfüllen. Eurostat stellte jedoch die Angaben, mit denen das Finanzministerium der SR rechnet, in Frage. Ursache soll eine falsche Buchung der Ausgaben öffentlich rechtlicher Medien und der Staatlichen Autobahngesellschaft sein. Das bedeutet, dass das Defizit vorher und jetzt unterbewertet ist. Das Ausmaß dieses Defizits betrug 2006 etwa 0,7% des BIP. Das Defizit öffentlicher Finanzen würde also nach den Forderungen von Eurostat etwa 4,1% des BIP erreichen (ausgewiesen wurden 3,39% des BIP). Das Finanzministerium plant für heuer schon ein Defizit knapp unter 3% des BIP (konkret sind es 2,94%), ein Wiederholen desselben methodologischen Fehlers ist aber nicht auszuschließen. Dies würde schnelle radikale Einsparungen in öffentlichen Finanzen erforderlich machen.

Die Europäische Zentralbank, Europäische Kommission und der Rat der Finanzminister sollen im April 2008 den Stand der Vorbereitungen der Slowakei auf die Euroübernahme bewerten. Dabei reicht es nicht, die vorgeschriebenen quantitativen Parameter zu erreichen, sondern auch nachzuweisen, dass diese auf nachhaltige Weise erreicht wurden. Für die Regierung kann nun eine dramatische Situation entstehen: Kurz vor dem Bewertungstermin kann es passieren, dass sie zu harten Sparmaßnahmen gezwungen sein wird. Das wird kaum dem Image einer Regierung mit sozialem Einfühlvermögen entsprechen. Premier Fico wiederholte aber die Bereitschaft der Regierung, auch unpopuläre Maßnahmen im Interesse der Euroeinführung zum festgelegten Zeitpunkt zu ergreifen.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

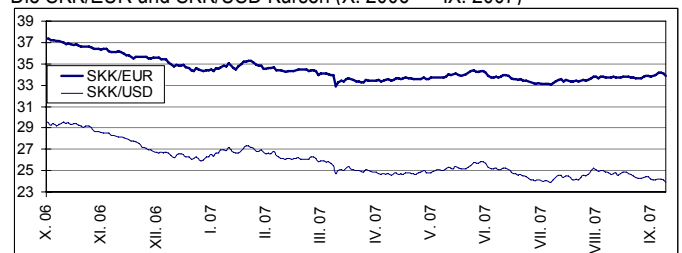
- Neue Unsicherheit um Euroeinführung.....1
- Wieder Kritik aus dem Ausland.....2
- Koalition behält Führung in Beliebtheit bei.....2
- Gesetzentwurf über Sozialversicherung in zweiter Lesung des Nationalrats.2
- Weihnachtsrenten wohl auch 2007 oder gar Widrigkeiten?.....3
- Diskussion über Schließung von Spitälern nimmt kein Ende.....3
- Regierung steht wieder Gewerkschaften näher.....3
- SMK bereitet Vorschlag einer Versöhnungs-erklärung vor.....3
- Erstes Forum über Sozialleistungen wurde von Slowakei eröffnet.....3
- Weiter Unbehagen in Christlichdemokratischer Bewegung.....3

WIRTSCHAFT

- Besonders starkes Wirtschaftswachstum hält an.....4
- Diskussion um Investition in den Flughafen Bratislava ebbt nicht ab.....4
- Höherer Minimallohn ab 1.10.....4
- Staat soll angeblich Teil des Privatisierungserlöses an Enel zurückgeben....4
- Kia Motors schon auf Volleistung.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kurse (X. 2006 – IX. 2007)



Quelle: NBS

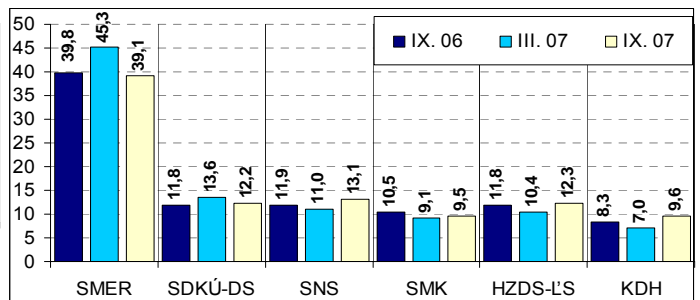
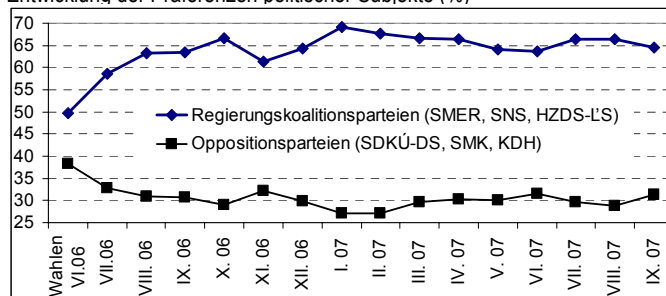
	2003	2004	2005	2006	2007*	2008*
BIP-Wachstumstempo (% real)	4,2	5,4	6,0	8,3	8,0*	6,8*
Inflation (CPI)	8,5	7,5	2,7	4,5	2,8*	2,5*
Arbeitslosigkeit***	17,4	18,1	16,2	13,3	11,4	11,0
Ausland. Invest. (mill.USD)	1060	1162	748	1885	1000*	1000*
SKK/USD	36,8	32,3	31,0	30,6	29,2*	28,8*
SKK/EUR	41,5	40,0	38,6	37,5	36,0*	35,8*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistkamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

GESELLSCHAFT

Wieder Kritik aus dem Ausland

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre hörten wir laufend kritische Reaktionen auf die politische Kultur oder die Qualität der Demokratie in der Slowakei. Zwei Ereignisse der letzten Woche haben uns an diese Zeiten erinnert

Premier Robert Fico erhielt zwei Warnungen aus dem Ausland:

- 1) Die europäischen Sozialisten ließen ihn wissen, dass die Attacken auf die Medien die Rückkehr seiner Partei Smer zu den Eurosozialisten gefährden. Bis jetzt schien nur die Teilnahme der radikalen Slowakischen nationalen Partei in der Regierungskoalition die Erneuerung der Mitgliedschaft von Smer in der Partei europäischer Sozialisten zu erschweren. 2006 wurde die Mitgliedschaft von Smer in der Partei europäischer Sozialisten wegen der Regierungsbeteiligung der SNS eingefroren. Jetzt wird die Situation für Smer komplizierter: Die Eurosozialisten erklärten, dass die Beziehung zu den Medien ein wichtiges Kriterium für deren Entscheidung über das Schicksal von Smer sei. Die konfliktreiche Beziehung mit Medien, die über ein übliches Maß hinausgeht, sei für die Eurosozialisten inakzeptabel. Dies hinderte jedoch den Premier nicht daran, nach dem erfolglosen Abberufungsversuch der Ministerin für Arbeit und Soziales Viera Tomanová, erneut die Medien anzugreifen.
- 2) Das zweite Warnsignal kommt von dem Economic Intelligence Unit (EIU). Diese internationale Organisation mit Sitz in London verfasste einen Bericht über den Stand der Demokratie in der Welt, die Slowakei besetzte hier einen wenig schmeichelhaften 41. Rang (das Nachbarland Tschechien erreichte Platz 18.) Dieser Platz ist unter 167 bewerteten Ländern keine zufrieden stellende Position und reiht das Land zu Staaten mit einer Demokratie mit „Macken“.

Die Reaktion des stellvertretenden Regierungsvorsitzenden Dušan Čaplovič entsprach den Erwartungen: Er hielt der EIU vor, die slowakischen Verhältnisse nicht zu kennen und die Lage einseitig zu bewerten und erinnerte an „unfaire“ Methoden in westeuropäischen Abgeordnetenräumen. Eine solche Argumentation erinnert an Äußerungen von Vertretern der Regierungsgewalt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als Politiker auf Kritik aus Westeuropa ebenso mit Behauptungen über die Unkenntnis slowakischer Tatsachen und Einseitigkeit reagierten. Die Rangliste wurde von einer Gruppe von Politologen aufgrund der Bewertung von 60 Kriterien erarbeitet, die in 5 größere Kategorien unterteilt waren. Ursache der niedrigen Bewertung in der EIU Rangliste sei die geringe politische Kultur, das Funktionieren der Regierung und die mangelhafte Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen. In der gleichen Gruppe von Ländern mit einer Demokratie mit

„Macken“ landeten auch Ungarn und Polen, von den entwickelten Ländern der früheren EU 15 ist es Italien. Die Aussagekraft solcherart zusammengestellter Kennzahlen ist aber nicht zu überschätzen, es gibt kein verlässliches Maß der Demokratiequalität.

Trotz wachsender Kritik an seiner Feindschaft gegenüber den Medien wagte er weitere unsensible Schritte: Er berief eine außerordentliche Regierungssitzung mit dem Ziel ein, einen Beschluss zu fassen, mit welchem dem Generalstaatsanwalt empfohlen wird, den angeblichen Hausfriedensbruch, dessen Opfer die Ministerin für Arbeit und Soziales Viera Tomanová, zu untersuchen. Es gibt den Verdacht, dass irgendein Fotograf ihr Grundstück betreten hatte. Dieses Handeln von Premier und Regierung ist aber übertrieben. Die Regierung hat keinen Grund, wegen solcher Fälle Sitzungen abzuhalten, das ist ein üblicher Fall für die Polizei. Unglücklich an der Sache war auch, dass der Premier diese bizarre Regierungssitzung gerade an jenem Tag einberief, an dem das Parlament den Misstrauensantrag gegen Ministerin Tomanová beriet.

Die Regierung forderte auch den Presserat der SR auf, sich mit Fällen der Verletzung der Journalistenethik zu befassen. Das ist wiederum kein standardmäßiger Schritt: Wenn sich irgendeine Person infolge einer Verletzung der Journalistenethik beschädigt fühlt, so meldet sie diese Sache an, die vom Presserat der SR überprüft wird. Die Ausübung von Druck seitens der Regierung ist nicht notwendig.

Premier und Regierung handeln also übertrieben, unsensibel, ohne eine standardmäßige demokratische Vorgangsweise zu beherrschen. Hyperaktivität im Medienbereich kann den Eindruck der Einschüchterung und Einschränkung der Freiheit erwecken. Die Öffentlichkeit ist bisher insofern unempfindlich (wenigstens den Meinungsumfragen nach), als die Regierung ihre Fehlritte nicht einmal zu sehr fürchten muss ...

Koalition behält Führung in Beliebtheit bei

Die Meinungsumfragen im August bestätigten eine außerordentlich stabile Beliebtheit der Koalitionsparteien und eine äußerst schwache Popularität der Oppositionsparteien. Dies widerspiegelt wohl

- 1) die aggressive Rhetorik des Regierungsvorsitzenden, die für große Wählermassen offenbar gut ankommt
- 2) die Unfähigkeit der politischen Opposition, sich ausreichend attraktiver Themen

anzunehmen, bei gleichzeitiger Zerrüttung einiger Oppositionsparteien.

Die Opposition arbeitet auch an keiner neuen potenziellen Führungspersönlichkeit.

Laut der von der Agentur MVK durchgeführten Meinungsumfrage im August wird bei den Oppositionspolitikern Iveta Radičová, die stellvertretende Vorsitzende der SDKÚ-DS am besten bewertet.

Die SMK wird wohl ihre Kommunikationsfähigkeit durch das Auftreten der sog. Beneš-Dekrete noch verschlechtern. Vorsitzender Pál Csáky spricht bereits über die Notwendigkeit materieller Kompensationen, früher verlangte er eher nach Entschuldigung. Mit so einem Schritt käme es zum Aufschüren der sog. Beneš-Dekrete – Dokumente, die unter der Federführung des tschechoslowakischen Präsidenten Eduard Beneš entstanden waren. Mit diesen bemühte er sich um die Auseinandersetzung mit dem Problem der Nazi-Kollaborateure, vor allem unter den Deutschen und Ungarn. Die Initiative der SMK wird weder bei der Koalition noch bei der Opposition Unterstützung finden. Dies ist eher das Öffnen eines Themas, das noch mehr Spaltung bringt – auch bei der Opposition.

Somit entsteht eine Situation, in der die Vertreter der Regierungskoalition eher die Medien als Opposition vernehmen, nicht die tatsächliche politische Opposition.

Gesetzentwurf über Sozialversicherung in zweiter Lesung des Nationalrats

Die Regierung hat keine Klarheit im Rentensystem, obwohl die Regierungsvorlage des Sozialversicherungsgesetzes von den Mandatären für die 2. Lesung verabschiedet wurde. Die Themen, über die in Verbindung mit der Gesetzesnovelle eine stürmische Diskussion entbrannte, sind besonders die Folgenden: Die Öffnung der 2. Säule, der Ausschluss von Frauen auf Karenzurlaub und Invalidenrentnern aus dem Altersrentensystem, die Anhebung der Bemessungsgrundlage aber auch die mögliche Herabsetzung des Abgabenprozentsatzes für die zweite Säule von den jetzigen neun auf sechs Prozent. Der Versuch des Vorsitzenden der ĽS-HZDS Vladimir Mečiar, die Beratung der Novelle um einen Monat zu verschieben scheiterte und die Koalition kam schließlich überein. Es ist aber nicht vorherzusagen, mit welchen Vorschlägen die Abgeordneten zur Sitzung kommen. Die Folgen der Öffnung der Rentensäule wurden vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie (MPSVR) als auch dem Verband der Rentenverwaltungsgesellschaften analysiert. Die Schlüsse weichen diametral voneinander ab. Premier Fico stellt die Existenz der 2. Säule ständig in Frage und weist vor allem auf die geringe Sicherheit der Rentenfonds hin, obwohl vom Gesetz her eine 5-stufige Kontrolle

gewährleistet ist. Laut des Premiers sollte die mangelhafte Sicherheit der Rentenfonds durch die Schaffung eines vierten, des sog. garantierten Fonds gesichert werden. Dieser wäre für diejenigen bestimmt, die nicht in die erste Säule zurückkehren, jedoch eine größere Sicherheit ihrer Einlagen garantiert haben wollen. Die Opposition greift wieder mehr ins Geschehen ein und bereitet ein für Abgeordnete des Nationalrates, den Staatspräsidenten, Regierung und Sozialministerium bestimmtes Volksbegehren vor, nachdem die Meinung der Öffentlichkeit zur Ausrichtung des Altersversorgungssystems zu berücksichtigen sei. Ob das Parlament die Novelle am Ende verabschiedet oder sie vom Volksbegehren gestoppt wird, erfahren wir dann im Oktober.

Weihnachtsrenten wohl auch 2007 oder gar Widrigkeiten?

Der Regierung gelang im Vorjahr ein gefährlicher Präzedenzfall: 2006 wurden von ihr sog. Weihnachtsrenten ausbezahlt, mit der Zusage diese würden alljährlich erstattet werden. Die Umsetzung dieser Zusage bereitet heuer ein Problem, da der Regierung zur Auszahlung der Weihnachtsrenten für Pensionisten Gelder in Höhe von ca. 1,7 Mrd. Sk fehlen. Obwohl die Auszahlung von Weihnachtsbeiträgen in ihrer Regierungserklärung enthalten ist, rechnet das Finanzressort damit nicht für dieses Jahr (auch wegen der Erfüllung der Kriterien für die Euroeinführung). Auch im bisher bekannten Haushaltsentwurf für 2008 sind die Weihnachtsbeiträge nicht vorgesehen. Das Sozialministerium lässt jedoch kundtun, die Beiträge doch auszuzahlen. Das Finanzministerium (FM) gab zu, dass es Verhandlungen zu diesem Thema gab, dass diese aber noch nicht zu Ende sind. Die Höhe des Betrags ist noch nicht beschlossen und das FM wird noch auf die Wirtschaftszahlen in den letzten drei Monaten warten. In diesem Zusammenhang lassen auch Oppositionsparteien von sich hören. Die KDH schlägt die Auszahlung einer 13. Rente vor.

Diskussion über Schließung von Spitälern nimmt kein Ende

Der Gesundheitsminister bemüht sich einige Monate erfolglos um eine Reduktion der Zahl von Krankenhäusern. Nach der letzten von der Tageszeitung Sme mithilfe der Agentur MVK durchgeführten Umfrage sind auch die Wähler regierender Koalitionsparteien, nämlich Smer-SD und LS-HZDS dieser Lösung eher abgeneigt. Dieses Problem wird wohl noch einige Zeit unter den Regierungsmitgliedern und der Öffentlichkeit diskutiert werden. Die endgültige Entscheidung wird so oder so wohl von den Koalitionspolitikern gefällt werden. Das sollten sie so früh wie möglich tun, da die Unsicherheit, die auch unter den Angestellten der Krankenhäuser herrscht, die Qualität gesundheitlicher Fürsorge auch nicht verbessert.

Regierung steht wieder Gewerkschaften näher

Außer der Stärkung der Gewerkschaftsposition im Arbeitsgesetzbuch genehmigte die Regierung auch

Änderungen im Gesetz über den Sozialfonds in Bezug auf Kollektivverhandlungen. Sie erweiterte die Nutzungsmöglichkeiten der Mittel auch für die Zwecke der Kollektivverhandlung, z.B. für das Finanzieren von Beurteilungen, Gutachten und sonstiger zur Durchführung der Kollektivverhandlungen benötigter Leistungen.

SMK bereitete Vorschlag einer Versöhnungserklärung vor

Die SMK bereitete einen Text vor, der sowohl vom slowakischen als auch dem ungarischen Parlament verabschiedet werden sollte und der zur Versöhnung mittels einer Entschuldigung für das historisch erlittene, von beiden Seiten verübte Unrecht führen sollte.

Im Dokument werden drei konkrete Fälle von Unrecht auf beiden Seiten genannt. Die slowakische Seite sollte sich für die Politik gegenüber den Ungarn nach 1918, die Aussiedlung der Ungarn nach dem zweiten Weltkrieg und die Anwendung des Prinzips kollektiver Schuld entschuldigen. Auch die ungarische Seite hat drei historische Momente, über welche sie ihr Bedauern äußern soll: Es geht um die Nationalitätenpolitik Ungarns zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die Politik nach 1938 (als der südliche Teil der Slowakei zu Ungarn fiel) sowie die Teilnahme am Einmarsch der Armeen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im Jahr 1968.

Versuche um die Erarbeitung eines Versöhnungsdokumentes gab es schon seit 1991, sie blieben aber ohne Erfolg. Scharf gegen dieses Dokument tritt die Slowakische nationale Partei auf, die einerseits das Auftreten der Problematik der sog. Beneš-Dekrete ablehnt (diese betreffen die Aussiedlung der Deutschen und Ungarn nach dem Krieg) und im Allgemeinen keinen Grund für eine Entschuldigung seitens der Slowakei sieht.

Erstes Forum über Sozialleistungen im öffentlichen Interesse in Lissabon wurde von Slowakei eröffnet

Die Slowakische Republik wurde beim Forum von der Staatssekretärin des Sozialministeriums vertreten. In ihrer Rede informierte sie das Forum, „strategische Absicht der slowakischen Regierung im Bereich sozialer Dienstleistungen sei es, eine legislative Umgebung zur Entfaltung sozialer Dienstleistungen zu schaffen, die deren Empfängern würdige Lebensbedingungen garantieren und zu ihrer Aktivierung führen werden. Ziel sei es auch, eine Verknüpfung von Sozialleistungen und gesundheitlicher Fürsorge zu sichern und das System ihrer Finanzierung anzupassen sowie Bedingungen zur Entwicklung sozialen, nicht gewinnorientierten Unternehmertums im Bereich von Sozialleistungen zu schaffen.

Besonderes Augenmerk wolle die Regierung älteren und behinderten Bürgern schenken, die auf die Hilfe einer anderen Person angewiesen sind und zwar so, dass diese so lange wie möglich im Familienkreis bleiben und die Finanzlage ihrer Pfleger verbessern können.“ Es überrascht gar nicht, dass sich das Sozialministerium zu diesem Zeitpunkt die Streichung der Aufgabe für das Jahr 2007 über die Vorlage von Gesetzentwürfen im Jahr 2007 über Sozialleistungen und Ersatzleistungen für Bürger mit gesundheitlicher Behinderung genehmigen ließ. Kritisch reagierten vor allem Nichtregierungsorganisationen, die Sozialleistungen gewähren und Organisationen, die die Rechte von gesundheitlich behinderten Bürgern vertreten. In den Medien forderten sie Regierung und Sozialministerium, die Arbeit an den jeweiligen Gesetzen zu beschleunigen.

„Ungarische Garde“ zieht Kreise auch in der Slowakei

Die Gründung des „Vereins ungarischer Garde“ in Ungarn rief eine bestürzte Reaktion slowakischer Politiker und bei der Leitung slowakischer Diplomatie hervor. Außenminister Ján Kubiš bezeichnete die Gründung dieses Vereins in Budapest eine „verurteilungswürdige Sache“. Gegen die Formierung der Garde trat auch die Partei ungarischer Koalition auf: „Die SMK wird niemals die Entstehung paramilitärischer Gruppen unterstützen. Weder in Ungarn noch in der Slowakei“ Der Außenminister würdigte das Handeln des ungarischen Premiers (dieser forderte die Staatsanwaltschaft auf, die Sache zu verfolgen).

Weiter Unbehagen in Christlichdemokratischer Bewegung

Der Kritiker der Führungslinie der Christlichdemokratischen Bewegung (KDH) Vladimir Palko wurde von der Parteileitung aufgefordert, seine Gruppe solle klar hervortreten und eine eigene Fraktion gründen. Die betroffene Gruppe der KDH-Vertreter entgegnet jedoch, nichts zu tun, was der Partei schade. Die Leitung der KDH kritisiert, dass sich diese Politikergruppe zu einigen politischen Fragen äußere ohne dies mit der Parteileitung zu beraten. V. Palko kam beispielsweise mit einem Vorschlag zur Beruhigung slowakisch ungarischer Beziehungen, den er aber vorher nicht mit der KDH-Leitung besprach. Somit ist es manchmal schwer zu unterscheiden, was der Standpunkt der KDH-Leitung und die Meinung der inoffiziellen Plattform rund um V. Palko sei.

Ganz offensichtlich wirkt die KDH als nicht einheitliche Partei. Dies trägt zur gesamten Schwäche der Opposition bei. Wir führen nur an, dass eine gewisse Spannung rund um die Ausrichtung der KDH seit der Bildung der jetzigen Regierungskoalition auffällt (als es Überlegungen über die Teilnahme in der Koalition mit Smer oder HZDS-LS gab).

WIRTSCHAFT

Besonders starkes Wirtschaftswachstum hält an

Laut Statistischem Amt der SR war das reale Wachstum des BIP im 2. Quartal wieder ein Herzeigebeispiel: Die erreichten 9,4% bedeuten, dass das Wachstumstempo des realen BIP 4 Quartale lang nicht unter 9% sank. Das Wachstum um 9,4% ist natürlich erheblich höher im Vergleich mit dem Tempo hoch entwickelter Länder (der Durchschnitt der EU 27 betrug zur selben Zeit 2,8%).

Ab dem dritten Quartal 2007 kann es zum mäßigen Nachlassen des Wachstumstempos kommen. Die Vergleichsbasis aus dem Vorjahr steigt mächtig an (gerade seit dem 3. Quartal 2006 betragen die gemessenen Werte rund 9%). Außerdem geht eine der wichtigsten Antriebskräfte des Wachstums verloren: Der Einfluss der Gründung großer Industriebetriebe. Zur Erhaltung der außerordentlichen Wachstumsdynamik sind bereits weitere Investitionen nötig.

Das bedeutet aber kein Ausschöpfen des Potenzials für ein hohes Wachstum. Das bleibt weiterhin ziemlich hoch, die Wahrscheinlichkeit seines Verbleibens zwischen 9% und 10% befindet sich jedoch ab dem dritten Quartal im Sinken.

Diskussion um Investition in den Flughafen Bratislava ebbt nicht ab

Nach Antritt der Regierung von Robert Fico wurde der Privatisierungsprozess des Flughafens Bratislava eingestellt. Nach mehreren Jahren des Wachstums bei der Beförderung ist zurzeit seine Stagnation sichtbar. Der Interessent an der Privatisierung – das Konsortium TwoOne – erwarb nur den Flughafen in Košice. Somit sind aber die erforderlichen Investitionen in die Weiterentwicklung des Flughafens Bratislava auf den Schultern des Staates geblieben. Der Haltung des Staates ist aber an der Tatsache, im künftigen Jahr für die Modernisierung aller slowakischen Flughäfen insgesamt nur 800 Mill. Sk aufwenden zu wollen, ersichtlich.

Zur Lösung der jetzigen Probleme mit der Kapazität des Flughafens Bratislava wurde eine provisorische Variante gewählt, für die kommenden Jahre spricht das Verkehrsministerium vom Investitionsbedarf von 6 Mld. Sk zur Erweiterung der Kapazitäten (erforderlich ist ein neues Terminal), die Frage der Gelder ist aber immer noch offen. Das Verkehrsministerium schätzt die Kreditkapazität des Flughafens auf ca. 2 Mld. Sk. Premier Robert Fico räumte auch den Einstieg eines Privatinvestors beim Flughafen unter Wahrung der entscheidenden Befugnisse des Staates ein. Der Flughafen Wien – ein Mitglied des TwoOne Konsortiums ist auch unter diesen Bedingungen am Investieren interessiert.

Höherer Minimallohn ab 1.10.

Die Regierung verabschiedete nicht nur die Erhöhung des Minimallohns von 7600 Sk auf 8100 Sk, sondern auch den Mechanismus ihrer Errechnung, sollte es zu keiner Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen. Eine weitere Neuheit für die kommenden Jahre ist der neue Zeitpunkt der Anpassung des Minimallohns und zwar ab dem 1. Januar.

Staat soll angeblich Teil des Privatisierungserlöses an Enel zurückgeben

Laut der Wirtschaftsprüfung von Deloitte & Touche sollte der Staat etwa 2,5 Mld. Sk vom Kaufpreis der Slowakischen Elektrizitätswerke (Slovenské elektrárne) der Gesellschaft Enel zurückzahlen. Es soll sich um die Berücksichtigung einer Wertänderung der Slowakischen Elektrizitätswerke während des Privatisierungsprozesses (2003-2006) handeln. Der Staat soll den Slowakischen Elektrizitätswerken (SE) auch weitere 3,4 Mld. Sk als alte Forderung der SE gegenüber dem staatlichen Verein Donau, der für die Fertigstellung der Stauanlage Gabčíkovo sorgen sollte, auszahlen. Insgesamt kann der Privatisierungsertrag nachträglich um nahezu 6 Mld. Sk sinken. Das Wirtschaftsministerium der SR, das die Aktionärsrechte in der SE für den Staat vertritt, lehne eine solche Rückzahlung ab und verlangt eine neue Prüfung von einem anderen Wirtschaftsprüfer.

Enel kaufte 2006 einen Zweidrittelanteil an der Gesellschaft SE um 31,4 Mld. Sk. Diese außerordentliche Auslage wird sicher auch zum politischen Thema. Noch während der Privatisierung attackierte die damalige Opposition und jetzige Regierungskoalition die damalige Regierung von Mikuláš Dzurinda, für niedrige Preise zu verkaufen. Und jetzt droht dazu noch eine Verpflichtung, einen Teil des Ertrags zurückzuzahlen.

Es wird wohl Anschuldigungen wegen nachlässiger Vorbereitung der Privatisierung geben.

Kia Motors schon auf Volleistung

Das Kia Motors Werk in Žilina schließt ihre Vorbereitungen für ihr viertes Originalmodell ab. Das Automobilwerk testet bereits das neue Modell eines Sportwagens für den europäischen Markt. Mit der Produktion von Fahrzeugen mit der Bezeichnung Ceed startete im vorigen Dezember Kia in Žilina ihre Fließbandproduktion. Obwohl dieses Modell

für West- und Mitteleuropa bestimmt war, wird es seit Mai auch nach Russland exportiert.

Ab Mai wird im Werk von Žilina auf volle Leistung in zwei Schichten gearbeitet und bis Jahresende möchte Kia Motors noch 200 Mitarbeiter einstellen.

Führt die Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung und öffentlichen Beschaffungswesens zu mehr Effektivität?

Die Regierung beriet über ein Zentralisierungskonzept des öffentlichen Beschaffungswesens, das vom Finanzressort vorgelegt wurde. Darin wird die Errichtung einerer, einschließlich aller damit verbundenen. Es zeigt sich somit, dass der Erfolg dieses Bestrebens vom Willen der Ressorts, einige Kompetenzen an die neu zu errichtende Agentur zu übergeben, abhängen wird.

Endlich ermittelt: Reformen haben Armut nicht vertieft.

Das Statistische Amt der SR veröffentlichte im Juni neue Daten aus der EU SILC Erhebung über Einkünfte und Lebensbedingungen. Die EU SILC Erhebung 2006 stellt das zweite Jahr des Statistikprojektes über Armut dar. Die eigentliche Daaftlicher und sozialer Reformen zu keiner extensiven Vermehrung der Armut kam. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass die Armut einiger Gruppen, die bereits armutsgefährdet waren, vertieft werden könnte. Die Gesamtanzahl der durch Armut gefährdeten Personen ist aber mäßig gesunken.

Gewerbegründung wird einfacher

Ab Oktober werden die zur Gewerbegründung benötigten Auflagen vereinfacht. Dafür sollten die sog. Einheitskontaktzentren sorgen. Sie werden vom Innenministerium der SR in den jetzigen Gewerbeämtern errichtet. Der Unternehmer wird an einer Stelle das Gewerbe anmelden können, ein Gesuch um eine Konzession stellen sowie Angaben zur Registrierung für die Einkommenssteuer und für das obligatorische Krankversicherungssystem gewähren können. Es ist einer der wenigen Schritte (vielleicht der Einzige), mit dem die jetzige Regierung privates Unternehmertum fördert (die meisten Schritte führten eher zu Komplikationen im Unternehmen oder zum Rückgang der Motivation zu jeglicher ökonomischen Aktivität).